



13. September 2017

Postulat

von Martin Götzl (SVP)
und Thomas Schwendener (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie realisiert werden kann, dass Gewerbebetriebe, insbesondere Kleingewerbebetreibende, bei einschränkenden städtischen Bauprojekten unterstützt werden können. Der Stadtrat soll hierfür ein Konzept erstellen, die verschiedene Massnahmenmöglichkeiten aufzeigen wie KMU's, bei welchen durch städtische Bauarbeiten oder dergleichen der Betrieb während mehr als einem Monat behindert oder gestört wird, während dieser Zeitspanne eine nachhaltige Unterstützung angeboten werden kann.

Begründung:

Aufgrund von verschiedenen städtischen Projektierungen von Strassen wie zum Beispiel im Seefeld oder in Seebach, musste im Juni 2016 ein langjähriger KMU-Familienbetrieb seinen Betrieb ganz schliessen und seinen Angestellten kündigen. Die SVP hatte dazu am 8. Juni 2016 eine entsprechende Fraktionserklärung im Rat verlesen. Einem langjährigem Familienunternehmen in der Lebensmittelbranche an der Schaffhauserstrasse wurden durch die über ein Jahr andauernden Bauarbeiten und einem Linksabbiegeverbot (Glattal- / Schaffhauserstrasse) sämtliche Kundenparkplätze für seine überlebenswichtige Laufkundschaft nicht mehr benutzbar gemacht. Dem ehemals florierenden Betrieb mit über dreissig Mitarbeitern/-innen wurde anlässlich dieser Bauarbeiten innerhalb weniger Wochen die «Existenz» entzogen. Dies trotz sehr viel Durchhaltewillen und Einsatz verschiedener Möglichkeiten, wie zum Beispiel eines temporären Verkaufswagens und mit Zuschüssen aus dem privatem Vermögen. Trotzdem kehrte nach einigen Monaten die Insolvenz ein. So wie dieses Beispiel aufzeigt, kann es oder ist es bereits zahlreichen stadtzürcherischen Gewerbebetreibenden ergangen. Ihre Existenz und ihre Arbeitsplätze sind bedroht, sei es durch Vorschriften oder Bau- und Unterhaltsarbeiten durch die Stadt Zürich.

Genau an diesem Beispiel zeigt sich, dass der Stadtrat keinerlei fördernde und erhaltende Massnahmen für Gewerbebetreibende und deren Arbeitsplätze bietet. Die Initianten dieses Postulat sind der Auffassung, dass die Stadt Zürich mit mittlerweile nahezu 23'000 Mitarbeitenden zahlreiche Möglichkeiten hätte, dies ohne Mehraufwand zu verhindern. Eine Möglichkeit wäre unter anderem gewesen, einem solchen Lebensmittelbetrieb ab Beginn der einschränkenden städtischen Baumassnahmen bis zu deren Ende zu städtischen Aufträgen zu verhelfen. Zahlreiche städtische Dienstabteilungen mit ihren eigenen Betrieben wie Restaurants, Kantinen, Cafeterias und dergleichen hätten so vorübergehend mit Produkten aus diesem Betrieb versorgt werden können. Dies wäre für die Stadt Zürich während dieser Bauzeit zeitlich beschränkt und für diesen KMU-Betrieb überlebensfördernd gewesen, -ohne dass die Stadt Zürich einen einzigen Franken Mehraufwand generiert hätte.